

Die „Freiheit“ erscheint wochens und nachmittags, Sonntags und Montags von 10 bis 12 Uhr. Der Bezugspreis beträgt bei halbjährlicher Zahlung im Voraus für Groß-Berlin 10 M., im voraus zahlbar. Für Postbezug werden sämtliche Postgebühren inbegriffen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum u. Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 6 M. Redaktion, Geschäftsstelle und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 24b.

Die achtgrößte Konsumgenossenschaft oder deren Stamm kostet 5.- M. einschließlich Transportgebühren. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Transportgebühren. Verkaufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Berlin-Gebäude in Westpreußen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Maßnahmen der Regierung

Verbot der Nordpresse — Aufhebung des Belagerungszustandes in Mitteldeutschland — Eine Verordnung gegen das militaristische Gepränge

Die ersten Handlungen

Die Reichsregierung hat auf Grund der am Montag von ihr erlassenen Verordnung eine Reihe von Maßnahmen getroffen, über die folgendes mitgeteilt wird:

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 hat der Reichsminister des Innern das Erscheinen folgender Zeitungen auf die Dauer von 14 Tagen verboten: das „Deutsche Abendblatt“ (8 Uhr-Ausgabe des „Deutschen Tageblattes“) Berlin, das „Deutsche Tageblatt“, Berlin, die „Deutsche Zeitung“ Berlin, das „Deutsche Wochenblatt“, Berlin-Friedenau, das „Spandauer Tageblatt“, Spandau, das „Völkische Tageblatt“, Spandau, den „Niesbacher Anzeiger“, Niesbach (Ober-Sachsen), „Völkischer Beobachter“, (Münchener Beobachter) München, „Süddeutsche Zeitung“, Stuttgart und „Hamburger Warte“, Hamburg.

Bei der Wiedergabe der Mitteilung über das Verbot der acht reaktionären Schimpfblätter hat der Druckfehlerbold dem „Völkischen Abendblatt“ einen hübschen Streich gespielt. Der „Niesbacher Anzeiger“ wird sehr richtig und richtig „Niesmacher Anzeiger“ genannt. Uebrigens sind die deutschnationalen Blätter eigentlich gegenwärtig alle nichts anderes mehr.

Aufhebung des Ausnahmezustandes in Mitteldeutschland

Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. August ist der Ausnahmezustand in Mitteldeutschland, soweit er zur Zeit noch besteht, mit Wirkung vom 1. September aufgehoben worden.

Wir begrüßen die endliche Aufhebung des Belagerungszustandes in Mitteldeutschland. Es kann aber dabei nicht bleiben. Der Ausnahmezustand muß überall da, wo er heute noch besteht, ganz besonders in Bayern, schleunigst aufgehoben werden.

Unberechtigtes Uniformtragen verboten

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1.

Zum unbeschränkten Tragen der Militäruniform sind nur die Angehörigen der Wehrmacht berechtigt.

§ 2.

Ehemalige Angehörige der bewaffneten Macht, denen die Berechtigung zum Tragen der Militäruniform verliehen worden ist, dürfen hieron bis auf weiteres nur aus besonderen Anlässen Gebrauch machen, die der Reichsobersterbefehlshaber bestimmen wird.

§ 3.

Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe von 500 bis 1000 M. bestraft und haben den Verlust der Berechtigung zum Tragen der Uniform zur Folge.

Wer Militäruniform trägt, ohne daß ihm die Berechtigung hierfür verliehen worden ist oder nachdem er dieser Berechtigung gemäß Abs. 1 verlustig gegangen ist, wird an Stelle der im § 300 Abs. 1 Str. G. B. vorgesehenen Strafe mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Berlin, den 30. August 1921.

Der Reichspräsident.
gez. Ebert.
Der Reichsobersterbefehlshaber.
gez. Dr. Wirth.

Verbot der Teilnahme von Reichswehr und Polizei an nationalistischen Feiern

Wie eine Nachrichtenstelle von unterrichteter Stelle erfährt, steht schon in den nächsten Tagen ein neues Verbot des Reichswehrministers und Innenministers bevor, das den Angehörigen der Reichswehr und Schutzpolizei ein für allemal jede Beteiligung an nationalistischen Feiern und Versammlungen verbietet und im Falle der Nichtbefolgung dieses Verbots mit der sofortigen Entföhrung aus der Reichswehr bzw. Schutzpolizei droht. Auch Musikkapellen der Reichswehr ist es verboten, bei nationalistischen und einen Parteicharakter tragenden Feiern zu spielen.

Dieses Verbot, falls es wirklich erlassen werden sollte, ist längst fällig. Wir haben es immer und immer wieder verlangt, da die bisherigen Zustände einen offenen Skandal darstellten. Es bleibt nur abzuwarten, ob auch wirklich mit aller Energie durchgegriffen wird. Hier ist es noch mehr als an anderen Stellen von Wichtigkeit, daß die Ausführung und Ueberwachung der neuen Anordnungen nicht den monarchistischen Offizieren allein überlassen bleibt. Es ist nötig, daß zuverlässige republikanische Offiziere und Mannschaften in die Reichswehr eingereiht werden, um das aus ihr zu machen, was sie heute nicht ist, ein Bollwerk zum Schutze der Republik.

Ein Wendepunkt

Es schien vielfach in den letzten Monaten, daß die Reaktion in Deutschland sich unaufhaltsam ihrem Siege näherte. Immer herausfordernder wurde das Verhalten der rechtsstehenden Parteien, immer schamloser ihr Auftrumpfen gegen die arbeitenden Massen, immer offenkundiger ihr Bestreben, die Machtposition, die sie sich allmählich erröhren, zur Erdrosselung der letzten Errungenschaften der Revolution auszunutzen. Eine ständige, von Lügen und Verleumdungen erfüllte Atmosphäre breitete sich aus, die sich föhrend auf die Aktivität der kämpfenden Massen legte und den Drahtziehern der Konterrevolution die Möglichkeit gab, von sicherem Hinterhalt aus neue Kampfpläne gegen das arbeitende Volk und die Republik auszuarbeiten.

In diese ständige Atmosphäre fielen die Schüsse, die einen der meistgehörtesten Staatsmänner der Republik niederstreckten. Dieser Mord wirkte wie eine Erdröhrung. Breite Kreise der Bevölkerung, die immer mehr der politischen Gleichgültigkeit verfielen, und sich bereits mit dem Aufstieg der Reaktion abgefunden hatten, sahen plötzlich, welcher Abgrund der Barbarei und der moralischen Verworfenheit sich vor ihnen geöffnet hatte. Nicht allein die Tatsache, daß es sich bei diesem Mord um keinen Sozialisten oder Kommunisten, sondern um einen heroorragenden Führer einer großen bürgerlichen Partei handelte, war für die Stellung der großen Öffentlichkeit von Bedeutung. Ausschlaggebend war auch die Tatsache, daß dieser neue Mord als der Beginn eines neuen Feldzuges gegen die Republik und die derzeitige Regierung anzusehen war, als das Signal zu einem neuen Abschnitt des Bürgerkrieges, dessen psychologische Voraussetzungen die deutschnationalen Presse und die hinter ihr stehenden Organisationen mit unermüdlicher Fähigkeit geschaffen hatten.

Für die Arbeiterklasse war der Mord an Erzberger ein neuer Beweis dafür, daß die Reaktion am Vorabend ihres endgültigen Sieges zu stehen glaubt. Mit nackter Brutalität trat die Wirklichkeit des Tages hervor: auf der einen

Seite eine kleine Gruppe kühler berechnender Politiker und Industriemagnaten, die zur Diktatur über das gesamte Wirtschaftsleben streben, Verwaltung, Presse, Justiz in Händen hielten, und hinter ihnen, als ausführende Organe der Konterrevolution, eine das ganze Reich umfassende Geheimorganisation, die auf dem nationalistischen, giftgebüngten Boden eine reaktionäre Erhebung, einen neuen Abschnitt des blutigen Bürgerkrieges vorbereitete. Dieser deutschnationalen Kamorra, die überall ihre Föhler hat, und sich auf ihre Freunde in der Regierung, Verwaltung, Justiz usw. stützen kann, und die vor allem die bewaffneten Formationen des Reiches zu ihrer Verfügung hat, stand auf der anderen Seite die große, mehr und mehr im Elend versinkende, gegen Teuerung und Steuerdruck sich auflehrende, gleichzeitig aber auch innerlich zerrissene, ermüdete Masse des arbeitenden Volkes gegenüber.

Der neue Vorstoß der deutschnationalen Mörderzentrale hat diese Masse mit einem Schläge zu neuer Aktivität, zu energischen Abwehraktionen aufgerüttelt. Schon in den letzten Wochen klang aus den spontanen Abwehraktionen der Arbeiter gegen die militaristischen und nationalistischen Kundgebungen im Reiche ein dumpfes Grollen hervor. Jetzt hat sich dieser Groll verhärtet zu der Erkenntnis, daß mit den Vorstößen der Reaktion, einerlei, auf welchem Gebiete, endlich Schluß gemacht werden muß. Sind die Aktionen von rechts: die Tannenbergsfeiern, die Frontkämpfertage, die nationalistischen Paraden und meuchelischen Attentate eng miteinander verknüpft durch das gemeinsame Ziel der Wiederbelebung des monarchistischen, nationalistischen Geistes und der Erdrosselung des freien Willens der Arbeiterklasse, so ist andererseits die Abwehraktion des Proletariats, dem diesmal auch breite Kreise der demokratischen Mittelschichten ihre Sympathie nicht verlagern können, darauf gerichtet, durch Niederkämpfung der nationalistischen und militaristischen Gefahren das Aufkommen eines neuen Bürgerkrieges zu verhindern und freie Bahn zu schaffen für die Lösung der gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die gegenwärtig auf die Tagesordnung gestellt sind.

Diese instinktive Abwehraktion hat mit einem Schläge die innere Zerrissenheit der Arbeiterklasse überwunden und das Proletariat als große einheitliche Masse der nationalistischen Nordreaktion gegenübergestellt. Genau so wie in den Märztagen des Jahres 1920, als die Arbeiterschaft sich zu eifernem Widerstand gegen die Kapprebellion erhob und die Republik vor dem Untergang rettete, zeigt es sich auch jetzt, daß die Millionen des arbeitenden Volkes in Stadt und Land, ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen proletarischen Parteien, von einheitlichem Willen und Föhlen erfüllt sind. Sie wollen nicht, daß die großen Junker und Kapitalmagnaten, die jetzt noch ihre letzten Ziele verhäßen müssen, ihre unbeschränkte Diktatur aufrichten. Sie wollen nicht, daß durch Beseitigung der Republik der wirtschaftliche und politische Kampf der arbeitenden Massen noch mehr als jetzt erschwert wird. Sie wollen nicht, daß durch Aufrichtung eines neuen nationalistischen Militärregiments der Boden für innere und äußere Konflikte geschaffen und ein neuer blutiger Krieg vorbereitet wird. Sie wollen vielmehr, daß alle Ansätze einer solchen Entwicklung, die unter der Maske der Republik üppig fortwuchern, endlich ausgerottet werden, daß den nationalistischen Mörderzentralen das Handwerk gelegt, daß der nationalistischen Verhetzung und Vergiftung der Volksmassen ein Damm gesetzt, daß die Justiz und die Verwaltung, die zu mehr als 90 Prozent in den Händen schlimmer Reaktionen sich befinden, gesäubert und aus Werkzeugen deutschnationaler Diktatur in Organe der demokratischen Republik umgewandelt werden. Sie

Das ganze werktätige Volk Berlins erscheint

heute nachm. 4 1/2 Uhr im Lustgarten

Parteilosen und Parteigenossen! Sorgt für Disziplin und Ordnung — Folgt unbedingt den Anweisungen der Ordner — Erscheint in Massen an den Abmarschstellen zum gemeinsamen Zug nach dem Lustgarten. Wer an den Zügen nicht teilnehmen kann, schließt sich am Lustgarten der Demonstration an. — Um 1/5 Uhr demonstriert das Berliner Proletariat im Lustgarten. Die Macht und Größe der Kundgebung muß der Reaktion zeigen, daß ihr Spiel endgültig verloren ist. Seid Euch Eurer Pflicht bewußt!

wollen, daß der freien Selbstbestimmung der arbeitenden Massen endlich Rechnung getragen und die Republik von Stinnes und Helfferichs Gnaden endlich umgewandelt werde in die Republik des deutschen schaffenden Volkes.

Wir wissen sehr wohl, daß dieser Wille allein nicht genügt, um die Widerstände niederzulampfen, die sich dem Streben des arbeitenden Volkes auf allen Gebieten entgegen-türmen. Seit mehr als fünf Jahrzehnten kämpft das deutsche Proletariat, geführt von Sozialisten, einen unermüdlichen Kampf um die Verwirklichung seines Zieles. Durch den Weltkrieg aus seinen Positionen zurückgeworfen, erhob es sich in den Kämpfen der Revolutionsmonate zu größerer Aktivität als je zuvor, mußte aber infolge Ungunst der äußeren und inneren Verhältnisse, infolge seiner inneren Zerrissenheit und Unstimmigkeit erneut zurückweichen, um im harten Kleinkampfe die eroberten Positionen zu behaupten. Aus den Fehlern der Vergangenheit hat das Proletariat nun gelernt. Es sieht den Feind vor sich in voller Größe und macht sich keine Illusion darüber, daß er mit einem Schlage besiegt werden könnte. Es begibt sich auch nicht auf den Boden phantastischer Traumgebilde, sondern wird seinen Kampf ausfechten auf dem Boden der realen Wirklichkeit, unter Berücksichtigung der vorhandenen Kräfteverhältnisse.

Die Reaktion glaubt, daß es sich bei der jetzt einsetzenden Bewegung um eine vorübergehende Gefühlsaufwallung handle, die bald vorübergehen würde. Nach den ersten provokatorischen Großsprechereien der nationalistischen Blätter, die ihre Genugtuung über den Mord nicht verbergen, sucht bereits die Meute, da sie eingesehen hat, daß sie diesmal auf Granit gestoßen hat. Angehts der allgemeinen Empörung und der nun angebrachten Maßnahmen der Regierung ziehen es die deutschnationalen Mordheger vor, sich wie der Wolf in der Fabel friedlich zu stellen und die Rolle des unschuldig Angeklagten zu spielen. Sie begannen sich bereits, ähnlich wie im November 1918, in die Menschengasse zu werfen. Morgen werden wir vielleicht erleben, daß sie sich, wie damals, auf den „Boden der gegebenen Tatsachen“ stellen und winselnd die Hand derselben Regierung fassen, die sie gestern noch mit den unflätigsten Schimpfwörtern angepöbeln haben. Alles in der Hoffnung, daß das Gewitter vorüberzieht und daß ihre treuen Spießgesellen in den zahlreichen Aemtern es trefflich verstehen werden, die Bestimmungen der Regierung, die sich gegen die Mordreaktion wenden, in ihr Gegenteil zu verkehren und gegen die Arbeiterschaft zu richten. Vor allem aber hoffen sie darauf, daß das Beharrungsvermögen und die Bergeshöhe der großen Masse ihnen auch diesmal ihr Spiel erleichtern und daß in der Not und in dem Kleinkampfe des Alltags jene Welle der spontanen Bewegung verbleibt, die aus den Tiefen des arbeitenden Volkes emporquillt.

Die Herrschaften, die sich diesen Hoffnungen hingeben, werden sich täuschen. Das Feuer, das jetzt allorts in den Massen aufflammt, ist kein Strohflecken, sondern ein Feuer, in dem Erkenntnis und Wille harmonisch miteinander vereinigt sind. Lange genug hat man auf dem arbeitenden Volke herumgetrampelt — nun ist's genug! Es sieht seinen Feind und wird ihn zu überwinden wissen! Es kennt seine Machtmittel und wird sie anzuwenden verstehen. Es wird der Reaktion nicht den Gefallen tun, sich gegen-sätzlich zu zerfleischen, sondern wird sich, unter Ausschaltung feindlicher Störenfriede und Quertreiber, zu einer großen kämpfenden Masse zusammenschließen. Es wird auch nicht mit der Stange im Rebel herumfucheln, sondern die Macht, die es besitzt, in konzentrierter Form dort anlegen, wo sie unter den ob-waltenden Verhältnissen am meisten praktischen Erfolg verspricht.

Nach den bitteren Erfahrungen und Krisen der letzten Jahre steht die deutsche Arbeiterbewegung jetzt an einem Wendepunkt. Sie allein ist es, die das Fundament des neuen Deutschland, das Rückgrat der Republik, den festen Wall gegen die mörderische nationalistische Reaktion bildet. Sie allein ist imstande, den Rückfall Deutschlands in die deutschnationale Barbarei zu verhindern, den Bürgerkrieg zu verhindern und den Frieden Europas zu sichern. Die Erkenntnis dieser gewaltigen Aufgaben macht die deutsche Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit stark und sieges-sicher. Was auch kommen mag, sie wird ihr Ziel nicht aus den Augen verlieren! Sie wird einig und geschlossen vorgehen und als Interessenvertreterin der über-großen Mehrheit des deutschen Volkes, als Wortführerin aller jener Millionen, die in Stadt und Land in harter Fron stehen, den Abwehrkampf führen gegen Reaktion, Nationalismus und Kapitalismus.

Er dementiert

Der Geschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei, Straß, befreit in dem Wülfschen Abendblatt die Richtigkeit des Berichts der „Welt am Montag“ über die von ihm über den Tod Erzbergers getane Kennerung. Er erklärt:

„Es ist mir natürlich nicht im Traume eingefallen, zu sagen, wir übernehmen die volle Verantwortung für die Beseitigung Erzbergers.“
Herr Straß befreit also, nicht gesagt zu haben: „Wir freuen uns darüber, daß Deutschland von einem seiner Schädlinge befreit ist“, ebenso wenig die Kennerung: „Es ist durchaus christlich, wenn wir unsere Freude darüber ausdrücken, was man als Böses erkannt hat, was man beseitigen.“
Wenn er aber trotzdem die Worte befreit: „Wir tragen die volle Verantwortung für diese Tat“, so ist das nur die elende Feigheit, die man von diesen Gesellen hinreichend gewöhnt ist. Wer sich unendlich über einen Mord freut und ihn als christlich preist, der trägt die volle Verantwortung für eine solche Tat auch dann, wenn er die Worte nicht gebraucht hat.

Der Republikanische Reichsbund fordert alle Mitglieder auf, sich an den Mittwoch-Massendemonstrationen der deutschen Arbeiterschaft für die deutsche Republik gegen ruchlosen politischen Mord und die dreisten Antriebe der Anhänger einer Wiederherstellung des alten Obrigkeitsstaates und der Anarchie in allen deutschen Gauen vollzählig zu beteiligen. Insbesondere werden die dem freiwilligen Bürgertum angehörenden Mitglieder des Reichsbundes gebeten, Schalter an Schalter mit der deutschen Arbeiterschaft die Solidarität im Eintreten für die republikanische Verfassung zu bekunden.

Das Urteil im Prozeß Mantelberg. Der besondere Gerichtshof des Kriegesgerichts der Internationales Kommission hat in dem Prozeß gegen den des Mordes an dem französischen Major Montalge angeklagten früheren Grubenarbeiter Polke die Schuldfrage nach Mord verneint, dagegen wegen Teilschlag auf fünf Jahre Zuchthaus erkannt.

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Seit Monaten redt — täglich lähner — die Reaktion ihr Haupt. Da die politische Zerrissenheit der Arbeiterschaft und die dadurch geschaffenen politischen Verhältnisse die Durchführung der am 20. März 1920 mit Regierung und Regierungsparteien getroffenen Vereinbarung hinderten, die notwendige Sicherung für den Bestand der demokratischen Republik also fehlte, glaubten die Reaktionen ihre Zeit sei gekommen.

Die Republik und ihre Einrichtungen sind Gegenstand wahnwitzigster Beschimpfungen und schärfster Angriffe.

Die Veranstaltungen ehemaliger militärischer Formationen unter Teilnahme von Angehörigen der Reichswehr münden in Verunglimpfungen und Bedrohungen der republikanischen Demokratie aus. Ein gewisser Teil der nationalistischen Presse peitscht verdeckt und offen zum politischen Mord auf.

Diesen hochverräterischen Bestrebungen und Handlungen gegenüber zeigen die Organe der Justiz eine ausgesprochen parteiische Milde. Symptomatisch für die innerpolitische Situation Deutschlands sind die politischen Morde, zuletzt der an Gareis und Erzberger.

Die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen richteten am 29. August an den Reichskanzler die mündliche Aufforderung, diesem schamlosen Treiben der Nationalisten nachdrücklich entgegenzutreten und alle Maßnahmen zum Schutz der demokratischen Republik zu ergreifen. Darüber hat die Presse berichtet, ebenso über die Auffassung des Reichskanzlers, der rücksichtslose Beseitigung der eingerissenen Mißstände bestimmt versprach und die Mitwirkung der organisierten Arbeiterschaft lebhaft begünstigte.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Mit dem geschilderten Schrift Guter Vertreter kann es nicht sein Bewenden haben. Auch die tatkräftige Leitung des Reiches wird die inneren Feinde der demokratischen Republik — die Nationalisten — nur so lange und soweit niederhalten können, als sie unterstützt wird von der überzeugten Mitarbeit der republikanisch gesinnten Bevölkerung des Reiches.

Schert Euch darum zusammen zum Schutz der demokratischen Republik. Vergesst, was Euch sonst trennen mag. Laßt allen Bruderzwist und vereinigt Euch mit allen, die guten Willens sind, die Widersacher der Republik zurückzudrängen, damit die Reaktion erkennen muß, daß sie einem geschlossenen Block des arbeitenden deutschen Volkes gegenübersteht.

Erfreulicherweise haben sich die Vertretungen der politischen Organisationen der arbeitenden Klasse, die Parteileitungen der SPD und USPD, zu gemeinsamer Abwehr zusammengeschlossen. An unsere Mitglieder richten wir die Aufforderung, sich an den Demonstrationen, zu denen diese aufrufen, vollzählig zu beteiligen.

Es gilt die Sicherung der Existenz der Republik!

Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

D. Straßmann

Massen heraus zur Demonstration!

Punkt 4: Uhr ertönt das Trompetensignal zum Beginn der auf 20 Minuten festgesetzten Reden. Um 4 1/2 Uhr müssen alle Betriebe im Lustgarten bzw. Schloßfreiheit sein. Demensprechend ist der Schluß der Arbeitszeit und der Abmarsch aus den einzelnen Betrieben vorzunehmen. Jeder Betrieb hat die notwendige Anzahl Redner beim Abmarsch zu stellen. Auf dem Marsch selbst ist den von der Gewerkschaftskommission gestellten Ordnern unbedingt Folge zu leisten. Die Bann-messe ist strikte zu umgehen. Die in der Bann-messe befindlichen Betriebe dürfen sich zu geschlossenen Zügen erst außerhalb derselben formieren. Der Marsch der Schloßfreiheit darf nicht betreten werden. Mit dem Schluß der Versammlung im Lustgarten gilt die Demonstration als beendet. Nachdemonstrationen dürfen nicht stattfinden. Wir fordern strengste Disziplin, die nur hierdurch und durch die Masse, die Kraft der Gesamtarbeiterschaft zum Ausdruck kommt.

AM-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.
Platau, Otto, Schilora.

Der Ausschuh der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.
Vollmehrschau.

Parteigenossen und Genossen!

Wir erlauben Euch, obiger Aufforderung zu entsprechen und den Anweisungen der von den Arbeiterorganisationen gestellten Ordner strikte nachzukommen.

Haltet eiserne Disziplin!

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.
Die Geschäftsleitung.

Angestellte und Beamte!

Im März 1920 glaubte eine kleine Gruppe von abenteu-erlich und volksfeindlich veranlagten Vertretern des vorrevolutionären Herrschaftssystems einen gewaltigen Vorstoß gegen die junge Republik Deutschland unternehmen zu können. Dem geschlossenen, kraftvollen Vorgehen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten ist es zu danken, daß damals der Hand-streich der Usurpatoren Kapp und Pöhlitz in wenigen Tagen ohne Blutvergießen abgeschlagen werden konnte. Beim Abbruch des damaligen Generalstreiks hatten wir mit der Regierung Ver-einbarungen getroffen, die geeignet waren, für die Zukunft einem ähnlichen Attentat auf die republikanische Verfassung vorzubeugen und damit den wirtschaftlichen Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft zu erleichtern. Infolge der politischen Verhältnisse und nicht zuletzt der Zerrissenheit der politischen Arbeiterschaft ist indes die Erfüllung des damaligen Regie-rungsvernehmens angeblieben. Die Reaktion stütze sich durch die Nichterfüllung der vereinbarten 8 Punkte ermüdet und erlachte von Tag zu Tag. Seit Monaten wird eine maßlos heftige po-litisch vergiftete Agitation gegen die Republik, ihre demokratischen Einrichtungen und die persönlichen Träger republikanischer Ge-danken getrieben.

Die skrupellose Hege einer bestimmten Presse, Drohungen und Verleumdungen reaktionärer Versammlungs-Agitatoren wurden soweit gesteigert, bis schließlich unbesonnene Elemente aus dieser ganzen antirepublikanischen Agitation die schrankenlose Ueber-treibung aller Geschehnisse herbeizuleiten suchten. Der politische Mord an republikanisch gesinnten Personen leitete die verbroche-nische Hege der Reaktion. Das Erstarken der politischen Reaktion ging Hand in Hand mit der Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen

Herrontums. Kapitalismus und Militarismus reichen sich wieder einmal die Hand, um die aufstrebende Arbeitnehmerschaft nieder-zuhalten und aus der Not der arbeitenden Bevölkerung Not-zustand aufzustium zu häufen. Gegenüber dieser unhaltbaren Ent-wicklung rufen wir:

Bis hierher und nicht weiter!

Die Arbeitnehmer sind nicht gewillt, das gewissenlose Treiben der deutschnationalen Catillanier noch länger zu dulden. Die Gewerkschaften werden sich in dieser Zeit der Bedrohung der demokratischen Republik wiederum als der Hort des arbeitenden Volkes zu erweisen haben. Wie im März 1920, so sind auch heute die organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten in ihrer Geschlossenheit unüberwindlich.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben der Reichs-regierung geeignete Vorschläge zur Ueberwindung der gefährli-chen antirepublikanischen Agitation unterbreitet und sie zur zücksichtslosen Durchgreifen aufgefordert. Die organisierte Ar-beitnehmerschaft ist willens, die Regierung bei der Erfüllung der ihr aus der politischen Situation erwachsenden schwierigen Auf-gabe zu unterstützen, erwartet aber, daß mit unerbittlicher Strenge gegen die Feinde der Republik vorgegangen wird.

Gewerkschaftliche Solidarität, Disziplin und Besonnenheit sind nicht zuletzt das Bewußtsein unserer Kraft werden auch diesmal zum Sieg des arbeitenden Volkes über die Reaktion führen.

Allgemeiner freier Angestelltenbund (AM-Bund)

Aufhäuser, Süß.

Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die künftigen Arbeiter und Angestellten auf ihren Wunsch heute nach 2 Uhr ab zu beurlauben.

Zur Abwicklung der Demonstration!

Der Berliner Polizeipräsident hat an die Parteileitungen der S. D., der U. S. P. und der R. B. D., sowie an die Gewerkschaftskommission ein Schreiben gerichtet, worin er darauf hinweist, daß es zur Vermeidung von Störungen bei der Demonstration nicht genügt, daß die Ordner die Demon-strationsteilnehmer zum Versammlungspfad hinzuführen, sondern daß es ebenso wichtig ist, daß die Massen wieder ordnungsgemäß zurückgeleitet werden.

Durch die von den Parteien und Gewerkschaften bereits ge-trommenen Maßnahmen ist die Anregung des Polizeipräsidenten erledigt.

Demokraten und Republik

Eine Rundgebung gegen rechts und links

Die Leitung der Deutschen Demokratischen Partei veranlaßt eine Rundgebung, die sich gegen die verkehrte Hege nach rechts und links richtet, die seit anderthalb Jahren gegen die Republik und die Demokratie getrieben wurde. Die Demokra-tische Partei sei berufen, alle Volksgenossen in der Treue zur Demokratie, zur Republik und zur Verfassung zusammenzuführen. Der neue Aufruf der Reichsregierung gebe die notwendigen Mittel dafür an. Die Demokratische Partei trete mit voller Kraft für die verfassungsmäßige Regierung.

Wir wollen die Bedeutung dieses Aufrufs für die gegenwärtige politische Situation nicht unterschätzen. Trotzdem scheint uns gegen-über dem Hinweis in dem Aufruf auf die Bedeutung der Demokratischen Partei die Festhaltung der Tatsache notwendig zu sein, daß die Gefahren für die Republik mit in erster Linie durch die fröhliche Nachlässigkeit und das fortwährende Nach-schärfen der Feinde der Republik durch den demokratischen Reichs-wehrminister verursacht worden sind.

Auf der Suche nach den Mördern

Der beurlaubte Attentäter

v. Hirschfeld in Haft — Die Verdachtsgründe haben sich verstärkt

W. T. B. teilt mit:

Der ehemalige Führer Otmwig von Hirschfeld hat sich im Laufe des gestrigen Tages auf dem Polizeipräsidium eingelassen und ist hier sofort zur Nordische Erzberger eingehend gehört worden. Nach seiner Beurteilung aus dem Strafgesetzbuch — am 27. April 1921 — hielt sich v. H. zunächst in der Wohnung seiner Eltern zu Berlin-Steglitz auf. Ende Mai fuhr er mittels Fahrrad nach Weimar nach Rheinberg in der Wart, von dort nach einem Gut in der Nähe von Neu-Ruppin und von dort wieder nach Berlin zurück. Ende Juni begab er sich zu Bekannten nach Calmbach an der Erz, ein Ort, der ungefähr fünf Kilometer von Weimar entfernt liegt. Von hier aus hat v. H. in der Folgezeit verschiedentlich Ausflüge, so nach Forstheim und nach Weimar, gemacht. Am Tage der Mordtat war v. H. ununterbrochen in Calmbach aufgehalten haben und von dort am 2. August, also drei Tage nach der Mordtat, nach Weimar abgefahren sein. Calmbach liegt nur etwa 33 Kilometer von Weimar entfernt. Nach seiner eigenen Aussage hat v. H. während seines Aufenthaltes in Calmbach einen Sportwagen von rehräuberischer Farbe und gelb gefärbte englische Feldmäntel getragen. Er ist ein schlanker, blonden junger Mann und trägt Aneiser oder Weisse. Die Beschreibung, die von Augenzeugen über den einen der in Griesbach erkannten Täter gegeben wird, trifft also auf v. H. zu. Unter diesen Umständen ist Otmwig von Hirschfeld vorläufig in Haft behalten worden, um so mehr, als auch eine auswärtige Polizeibehörde den Verdacht einer Täterschaft des Genannten geäußert hat.

Die Verdachtsgründe gegen den Führer von Hirschfeld haben sich also wesentlich verstärkt. Es ist kein schärferes Urteil über das Verhalten der Strafpolizeibehörde denkbar als diese Tatsache. Hatte schon das Gericht durch die Jubilierung mildernder Umstände wegen „idealer Gesinnung“ eine dem Rechtsgefühl des Volkes völlig unverständliche Milde gegenüber dem Attentäter geübt, so hat nun auch die Strafpolizeibehörde ihn mit ganz anderem Maßstab gemessen als es sonst geschieht. Man muß schon an den Fall Jagow und den von Phil von Tuleburg erinnern, um Fälle zu finden, in denen die Öffentlichkeit in gleicher Weise durch die Handhabung der Gesetze erregt worden ist, als jetzt.

Hier aber hat man einen Mann, der eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellt, und von dem man bei der gewaltigen Hege gegen Erzberger, die Wiederholung seiner Tat unter allen Umständen befürchten mußte, einfach auf Monate beurlaubt. Was über die Ursachen dazu mitgeteilt wird, ist doch mehr als dürftig. Wenn der Gefängniswärter erklärt hat, Hirschfeld habe durch die Gefängnishaft körperlich gelitten, so hat er doch nur bestätigt, was bei jeder Haft zutrifft und in anderen Fällen sicherlich nicht Veranlassung gegeben hat, die Straffhaft zu unterbrechen. Die Tatsachen selber aber zeigen doch auch, daß es sich um eine Krankheit handelt, die Hirschfeld nicht im geringsten ungesund gewesen ist.

Deshalb ist seine Beurteilung durch die Strafpolizeibehörden die Fortsetzung des Wohlwollens, das das Gericht seiner Tat gegenüber bekundet hat. Die Behörden, die selbst über ihre Motive noch nicht das geringste haben verlauten lassen, haben sich deshalb in höchstem Maße mitschuldig gemacht, wenn Hirschfeld den Mord an Erzberger ausgeführt oder an ihm beteiligt gewesen sein

solte. Deshalb verlangen wir, daß gegen diese Beamten sofort mit aller rücksichtslosen Strenge eingeschritten wird. Die Regierung muß zeigen, daß sie Beamte, die Attentäter bewußt oder unbewußt Vorschub leisten, nicht auf ihrem Posten duldet. Nur eine starke Hand wird es zustande bringen, daß jener deutsch-nationale Geist in Rechtsprechung und Strafvollzug, der beide in den Ruf einer Dirne der Reaktion gebracht hat, restlos verschwindet.

Weitere Verhaftungen

W. T. B. Berlin, 30. August.

In der Nordische Erzberger hat die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums wegen Verdachts der Täterschaft zwei junge Leute L. und M. festgenommen. Nach der bestimmten Befragung einer Zeugin soll M. am Sonnabend nach der Tat in einem Berliner Kino sichtlich zusammengebrochen sein, als durch die Presse die irrtümliche Nachricht von der Festnahme der Mörder Erzbergers bekannt gegeben wurde. Auf die Frage der Zeugin, ob M. denn die Mörder frenne, habe dieser seinen Freund L. als einen der Schuldigen genannt. Nach den sofort vorgenommenen polizeilichen Ermittlungen war L. in der für die Ausführung der Tat in Betracht kommenden Zeit, nämlich vom 19. bis 28. d. M. von Berlin abwesend. Auch M. weilte vom 25. bis 27. August fern von Berlin. Beide Personen haben einen Alibi-Beweis angetreten, der zur Zeit der Nachprüfung unterliegt. Der Neuherr der beiden Festgenommenen trifft im allgemeinen auf die bekanntgegebene Personalbeschreibung der Griesbacher Täter zu.

Bemerkenswert ist, daß der Festgenommene L. nach eigener Angabe in Berlin einen politischen Nachschichtendienst für die Organisation „Oberland“ unterhält, deren Zentrale sich nach jetzt in Breslau befinden soll. Bis zur Revolution gehörten L. und M. der Kadettenanstalt in Lichterfelde an und zwar zuletzt als Führer.

Zu den Ermittlungen der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums wird mitgeteilt: Die am 20. August festgenommenen L. und M. sind gestern Abend wieder entlassen worden, da ihnen der angebotene Alibi-Beweis gelungen ist. Nach Auskunft der in Betracht kommenden auswärtigen Polizeibehörden haben sich L. und M. zur Zeit der Mordtat in Kassel bzw. Frankfurt am Main aufgehalten und kommen daher nicht in Frage. Auch die in den Berliner Wohnungen vorgenommenen Durchsuchungen haben kein auf die Straftat bezügliche Material zutage gefördert. Die bei L. ausgefundenen Schriftstücke, die seine Zugehörigkeit zu einer Selbstschutzzorganisation beweisen, werden zum Gegenstand eines besonderen polizeilichen Ermittlungsverfahrens gemacht werden.

Eine neue Spur

Die „Dena“ meldet aus Karlsruhe: Ein Tourist, der sich in Kreuznach aufgehalten hat, hat die Polizei auf eine neue Spur der Mörder Erzbergers geführt, da er in der Lage war, eine genaue Beschreibung der beiden Mörder zu liefern. Er ist zwei Tage lang mit den Mördern in Liebenthal zusammen gewesen und beschreibt die beiden jungen Leute, die kleinere Touren in der Umgebung von Liebenthal unternahmen, als zwei Herren, die norddeutschen Dialekt sprachen und deren hauptsächlichstes Unterhaltungsthema die Person Erzbergers und seine angebliche politische Schädlichkeit gewesen war. Allerdings sprachen sie nicht ausdrücklich von einer Mordtat, Erzberger durch einen Mord zu beseitigen. Der Tourist konnte über die Persönlichkeit der Täter ganz genaue und klare Angaben machen, so daß nunmehr die Behörde zuverlässige Grundlagen für weitere Ermittlungen besitzt.

Das Auslandsecho der Schüsse von Griesbach

„Dieser Mord war fällig!“ So beginnt die „Baseler Nationalzeitung“ einen Aufsatz über die Ermordung Erzbergers, und die gesamte Auslandspresse ist mit ihr darin einig, daß dieses Verbrechen keineswegs überraschend gekommen ist, sondern nur dem entspricht, was man jenseits der Grenzen als die unausweichliche Folge der alldeutschen, monarchistischen und militaristischen Hege erwartet hat. Nirgends begegnet man auch nur dem mindesten Zweifel daran, daß hier ein geplanter politischer Mord vorliegt, ein neuer Fall in seiner Reihe von Verbrechen, welche die deutsche Republik ihrer geistigen Führer berauben sollte. „Noch weiß man nicht“, sagt das genannte Blatt, „ob verbündete Stürze oder Bezahle des alldeutschen Terrors und des Ludenhorffschowismus es waren, welche ihn (Erzberger) abgeschlachtet haben, aber daß auch diese Mordtat auf das Haupt der ewig unzeitweiligen deutschen Kriegsverbrecher kommt, das weiß man nur zu genau.“ Wehnlich schreibt die „Humanität“, „Ob sie nun selbst die Mörder bewaffnet hat oder ob diese infolge der täglich neuen Verheerung handelten, in jedem Falle ist die Partei der Monarchisten und Militaristen schuldig.“

Es ist nur natürlich, daß die einzelnen Blätter aus diesem neuen furchtbaren Beweise dafür, daß in Deutschland die Gegenrevolution Orgien feiger Bluttaten feiert, ihre Schüsse ziehen. Jedes nach seiner Art. Ein großer Teil der bürgerlichen Presse Frankreichs liegt in dem Mord von Griesbach das eindringlichste Warnungssignal für die französische Regierung, sich nicht von Lloyd George zu einer nachgiebigen Haltung gegenüber Deutschland verleiten zu lassen. Insbesondere betonen sie die Notwendigkeit, die militärischen Sanktionen voll ausrecht zu erhalten, weil „der Säbel des Herrn Foch“ unter den heutigen Umständen nicht nur der allein wirksame Schutz der französischen Interessen sei, sondern auch die stärkste Garantie für die auf so schwachen Füßen stehende Republik in Deutschland. Demgegenüber betont das sozialistische „Journal du Peuple“, daß man in Frankreich endlich daran denken müsse, zu einer anderen Einstellung gegenüber Deutschland zu gelangen. „Anstatt sich von der deutschen Gefahr hypnotisieren zu lassen, sollte Frankreich lieber auf die deutsche Reaktion kein Augenmerk richten. Den deutschen Sozialisten und Republikanern leihe man am besten Vorschub durch eine Politik des Entgegenkommens und der Mäßigung.“

Hinter der symptomatischen Bedeutung der Mordtat tritt das Interesse für die Persönlichkeit des Ermordeten stark zurück. „Daily News“ erinnert daran, daß Erzberger einer von denen gewesen sei, welche mit besonderen Erwartungen die Luftangriffe auf London begrüßt haben, weil er sich tödlicherweise von ihnen eine entscheidende Wirkung für die Beendigung des Krieges versprochen habe. Die „Baseler Nationalzeitung“ meint, Erzbergers größter politischer Fehler sei es gewesen, daß er nach Compiegne gefahren sei, um den Waffenstillstand zu unterschreiben. Es wäre ihm heute schwer für Deutschland, daß es nicht damals Hindenburg und Ludendorff, die zuletzt nach dem Waffenstillstand geradezu gemüht haben, als Besiegte zu Foch geschickt hat, um ihn zu erbitten.

Sehr deutlich erkennt man im Ausland, welches die wichtigste Aufgabe ist, die Deutschland nun endlich erfüllen muß, um aus dem Sumpf der Gegenrevolution herauszukommen. „Die Irish Independent“, Hefterich und Hergl zu schlagen, das ist heute für Deutschlands Erlösung tausendmal wichtiger als ein größerer oder kleinerer Zipsel von Oberschlesiens Industriegebiet.“

Am deutlichsten und schärfsten formuliert Genosse S. Grumbach im „Populaire“ die Haltlosigkeit der Situation und die Notwendigkeit, zu handeln: „Welch widerwärtigen Anblick gewährt es, diese Republik zu sehen, die nach militärischem Zusammenbruch durch eine Revolution geschaffen wurde, die sich eine fast vorbildliche Verfassung gegeben hat — und alles das nur, damit in ihrem Schutze die äußerste Rechte, der Deutschland all sein Unglück verdankt, sich alles herausnehmen kann. Für die Arbeiterklasse ist dieses neue Verbrechen der Alldeutschen nur ein düsteres Warnungszeichen mehr. Einig, wäre das deutsche Proletariat allmächtig, entzweit wird es den Triumph der Reaktion nicht verhindern können. Die Frage der Einheit der deutschen Arbeiter wird täglich mehr zur Frage der Erhaltung des Weltfriedens.“

Die Besetzungsfestlichkeiten

W. T. B. Berlin, 30. August.

Für die am Mittwoch stattfindende Besetzungsfestlichkeit für den ermordeten Reichsfinanzminister a. D. Erzberger wird aus der Umgebung von Weibach ein gewaltiger Zustrom von Teilnehmern, insbesondere aus der Bauernschaft, erwartet. Die Polizeibehörden haben bereits umfassende Vorbereitungen getroffen, um die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Wie bereits gemeldet, wird ein Teil der Reichsregierung an den Besetzungsfestlichkeiten teilnehmen. Reichsminister Dr. Wirth, der Präsident des Reichstages Loeb, Kunze, Bucell und mehrere Mitglieder der württembergischen Staatsregierung und zahlreiche Abgeordnete haben ihr Erscheinen zugesagt.

Ein Kondolenztelegramm des Papstes

Im Auftrage des Papstes hat der Kardinal Caspari ein langes, in warmen Worten gehaltenes Beileidstelegramm an Frau Erzberger gerichtet.

Seid auf der Hut!

Von unläuterer Elementen wird beabsichtigt, bei der heute stattfindenden Demonstration Zusammenstöße mit der Schutzpolizei herbeizuführen. Dieses muß unter allen Umständen vermieden werden. Deshalb hat jeder darauf zu achten, daß unläutere Elemente auch nach Schluß der Demonstration ihre dunklen Geschäfte nicht ausüben können.

Wiederaufnahme des Erzberger-Prozesses?

Ein Schreiben des Justizrats Werthauer

Justizrat Dr. Johannes Werthauer spricht in einem Schreiben an die „Germania“ sein Beileid aus und fährt dann fort:

Ich halte mich besonders deshalb dazu verpflichtet, weil ich für Herrn Erzberger die Wiederaufnahme in dem Urteil Hefferich bearbeitete. Auf Grund meiner eingehenden Prüfung der Sachlage habe ich die zweifelsfreie Überzeugung erlangt, daß Herr Matthias Erzberger aus edelstem Patriotismus, in lauterster Wahrheitsliebe, in vornehmster Gesinnung gehandelt hat und die Feststellungen des Urteils nicht nur unrichtig, sondern, wie die Prüfung ergibt, auch jeder wirklich sachlichen Grundlage entbehrend sind. Ich hoffe, daß es trotz des Ablebens möglich sein wird, dies auch noch urteilsgemäß darzutun, damit ganz Deutschland erkennt, wie unrecht ihm das Urteil getan hat. Ferner, wie sehr Weimar und Weimarer Zentralen im Interesse des Sturzes der Republik bestrebt sind, das Recht zu mißbrauchen, und wie lächerlich die Rechtszustände in Deutschland sind, wenn Mörder und Verleumder ungestraft oder fast ungestraft ihr Treiben betreiben können.“

Was Justizrat Dr. Werthauer hier ausspricht, ist eine volle Bestätigung unseres Urteils über die Schuld Hefferichs und seiner Clique an der Ermordung Erzbergers. Es ist wirklich höchste Zeit, daß dieses Treiben durch die Wiederaufnahme des Prozesses gründlich entthüllt wird.

Die Lohnbewegung im Bergbau

Zentrale Beratungen am 1. September

In Verfolg der Verhandlungen über die Lohnbewegung im Bergbau am Freitag, den 26. August 1921 haben die Unternehmer des Kohlenbergbaus gelegentlich der heutigen Beratungen des Reichs-Kohlenverbands sich bereit erklärt, mit den Arbeitnehmern am Donnerstag, den 1. September zu zentralen Beratungen über die Lohnfrage zusammenzutreten. Es besteht die grundsätzliche Bereitschaft, der eingetragenen Forderung im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeit durch entsprechende Lohnerhöhungen gerecht zu werden.

Im Anschluß an die Besprechungen am Donnerstag sollen Verhandlungen in den einzelnen Kreisen unermüdet aufgenommen werden.

Die Goldmilliarde bezahlt

In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank berichtete der Vorsitzende Vizepräsident Dr. v. Gläsenapp über die Entwicklung der Bank während der letzten vier Wochen und teilte mit, daß die am 31. August fällige Milliarde Goldmark bezahlt sei. Er bemerkt dazu, es habe sich als notwendig erwiesen, aus den Goldbeständen der Reichsbank einen Betrag von 68 Millionen Mark in Golddollars und anderen ausländischen Goldmünzen herzugeben, der sich auf dem Wege nach New York befindet.

Auch das Reichsfinanzministerium teilt amtlich mit, daß die letzten Zahlungen für die Einlösung der auf Grund des Londoner Ultimatums ausgegebenen 20 Wechsel nunmehr überwiesen sind, jedoch am 31. August alle Wechsel eingelöst sind und die Milliarde Goldmark pünktlich bezahlt ist.

Kommunistische Handgreiflichkeiten

Braunschweig, 30. August. (W. T. B.)

Mit Rücksicht auf die Unruhen unter der Arbeiterschaft sollten in der Waggonfabrik in Delligsen Arbeiter entlassen werden. Die braunschweigischen Minister Steinbrecher, Entzick und Dertter begaben sich zu den Werken, um eine Einigung zwischen der Fabrikleitung und den Arbeitern herbeizuführen. Die Versammlung wurde jedoch durch Kommunisten gewaltsam unterbrochen. Darauf begaben sich die Minister nach Delligsen, um in einer Wirtschaft das Mittagessen einzunehmen. Als es vor der Wirtschaft erneut zu Unruhen kam, verließen die Minister Dertter durch eine Ansprache die Menge zu beruhigen. Darauf erhielt er mit einem Stein einen Schlag über den Kopf, so daß er eine stark blutende Wunde davontrug. Infolgedessen mußte er sich in ärztliche Behandlung begeben.

Der 3. Band der „Bismarck-Erinnerungen“ ist erschienen. Wilhelm von Hohenzollern hat gnädigst auf das ihm vom Kammergericht zugesprochene Urheberrecht an Briefen im 3. Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ verzichtet, so daß das Buch endlich erscheinen kann. Wehnlich mag zu diesem Entschluß die Tatsache beigetragen haben, daß das Buch im Auslande bereits erschienen ist und sein Inhalt von dort aus seinen Weg nach Deutschland gefunden hat. Das Urteil über Wilhelm steht fest auch ohne die Kenntnis der Bismarck-Erinnerungen. An diesem Urteil kann kaum mehr etwas Besseres werden.

ausgeschnitten!

Druckfache
Um die
Sauptexpedition der „Freiheit“
Berlin 62
Brette Straße 8-9

Groß-Berlin

Ein Wahlmanöver der „Morgenpost“

Die Feststellungen von öffentlichen Missetaten und der Kampf um die Abstellung der Mängel ist in der Regel alleinige Aufgabe der sozialistischen Presse, wenigstens soweit es sich um Missetaten handelt, unter denen die unbemittelten Kreise leiden.

Nur zu gewissen Zeiten, gewöhnlich bei bevorstehenden Wahlen, wendet die bürgerliche Presse ihr „warmes Herz“ für die arbeitende Bevölkerung. Wenn bei dieser Gelegenheit auch gleichzeitig noch die Vertreter der Arbeiterklasse etwas abbekommen können, um so besser.

Ein bezeichnendes Beispiel für das demagogische Treiben hat die Berliner „Morgenpost“ im Fall der Saraden-Abstellung Adlershof geliefert. Trotz mehrmaliger amtlicher Feststellungen versucht sie die Angelegenheit noch immer so darzustellen, als ob erst durch ihre Veröffentlichungen die Angelegenheit in Fluss gekommen sei.

Gegenüber den immer wiederkehrenden Behauptungen muß nochmals ausdrücklich festgestellt werden, daß die sozialistische Mehrheit des Bezirksamtes Treptow mit dem Augenblick der Übernahme der Verwaltung der Siedlung Adlershof — im Mai 1921 — sich sofort von den Zuständen überzeugte und Mittel zur Behebung bereitstellte. Was jetzt die „Berliner Morgenpost“ als Erfolg ausposaunt, war vorherbeschlossene Sache. Jeder mit der Materie Vertraute wird zudem müde sein, daß die Bezirkskörperschaft, denen mit Beginn ihrer Tätigkeit sofort die schwerste Arbeit der Schaffung einer vollständig neuen Zentralverwaltung oblag, alles getan haben, was möglich war.

Warum wenden sich die Kritiker denn nicht an eine ihnen gewiß näherliegende Adresse: den Wohnungsverband? Haben etwa diese Missetaten nicht schon zu dessen Dasein bestanden? Es mag vielleicht nicht genügend bekannt sein, welcher dringenden Einwirkungen der zuständigen Baupolizei und des verantwortlichen Adlershofer „Magistrats“ es vorher bedurfte, diese Jammerbuden von Holzbaracken erst so entstehen zu lassen, wie sie eben jetzt sich darstellen. Wären diese Vorstellungen nicht erfolgt, dann wäre es sicher längst in sanitärer Hinsicht zu einer Katastrophe gekommen. Auch die Mietssteigerungen sind auf das Konto des Wohnungsverbandes zu setzen.

Im übrigen gibt es leider in Groß-Berlin auch an anderen Stellen grobe Missetaten im Wohnungswesen. Für die Wählerchaft zu der neuen Stadtverordneten- und den Bezirksversammlungen mag diese Episode ein Anlaß sein, nur solchen Vertretern die Stimme zu geben, welche auch sonst an anderen Stellen auf Erzielung von Maßnahmen drängen, mit denen der Wohnungsnot und dem Wohnungselend wirksam begegnet werden kann.

Die unabhängige Fraktion Groß-Berlins wird sich trotz aller schmutzigen Agitation der reaktionären Sippe nicht beirren lassen, durch ihre Vertreter in allen Körperchaften eine Politik zu üben, welche der Arbeiterchaft den ihr gebührenden Einfluß sichert und welche der gedeihlichen Entwicklung der neuen Stadtgemeinde die Wege ebnet.

Die Kreiswahlleiter für die Stadtverordnetenwahlen

Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung außer der Wahl des Stadtwahlleiters auch die Wahlen der Kreiswahlleiter für die Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen am 16. Oktober vorgenommen. Für die Stadt- (Bezirke 1-6) ist gemeinsamer Kreiswahlleiter Stadtrat Boehlisch (Stellvertreter Stadtrat Schöning), in den Außenbezirken wurden zu Kreiswahlleitern bestellt: Wahlkreis VII (Bezirk Charlottenburg): Bürgermeister Schöning (Stellvertreter Stadtrat Hirsch); Wahlkreis VIII (Bezirk Spandau): Stadtrat Kramer (Stadtrat Walter); Wahlkreis IX (Bezirk Wilmersdorf): Stadtrat Steinhoff (Stadtrat Doppel); Wahlkreis X (Bezirk Steglitz, Tempelhof, Zehlendorf): Bürgermeister D. und Stadtrat Boehlisch in Zehlendorf (Stadtrat D. Langen in Zehlendorf); Wahlkreis XI (Bezirk Schönberg-Friedenau): Stadtrat Lorenzen (Stadtrat Kohn); Wahlkreis XII (Bezirk Prenzlauer Berg): Stadtrat Brunhn (Stadtrat Waldheim); Wahlkreis XIII (Bezirke Treptow-Edenick): Stadtrat und Bürger-

meister a. D. Dr. Sporleder in Adlershof (Stadtrat Wermuth); Wahlkreis XIV (Lichtenberg-Friedrichshagen): Bürgermeister Kohn (Stadtrat Dr. Graeffner); Wahlkreis XV (Bezirke Pantow, Wetzlar, Reinickendorf): Stadtrat Dr. Stein in Pantow (Stadtrat Burckhard in Arnow). Die Geschäftsführung ist den betreffenden Bezirksämtern übertragen; in den vereinigten Wahlkreisen X, XII und XV führen die größten Bezirksämter Stein, Treptow und Pantow die Wahlgeschäfte.

Die deutsch-volksparteiliche Korrespondenz B. S. hat folgende Scherzreden:

In der im Gemeindeblatt veröffentlichten Bekanntmachung des Magistrats über die Stimmzettel für die Stadt- und Bezirksverordnetenwahl wird unter B angeordnet, daß zur Wahl der Stadtverordneten und der Bezirksverordneten für jede Partei nur ein einziger gemeinsamer für alle 20 Verwaltungsdistrikte der Stadtgemeinde gültiger Stimmzettel mit Angabe der Partei, der ein Name hinzugefügt werden kann, oder eines Kennwortes zulässig ist. Das ist eine durchaus zweckmäßige Anordnung. Verwirrung muß aber berühren, daß der Magistrat als Beispiele für diesen Einheitsstimmzettel zweimal hintereinander sozialistische Parteien anführt.

1. Beispiel: Stadtverordnetenwahl. Bezirksverordnetenwahl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Dieser Stimmzettel gilt zugleich als für den Stadtwahlvorschlag der S. P. D. abgegeben.

Zweites Beispiel: Außer der Parteibezeichnung kann der Einheitsstimmzettel auch noch einen Namen enthalten, beispielsweise: Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Dr. Wehl.

Es hätte nahegelegen, beide Beispiele auf alle Parteien und Richtungen des roten Hauses auszudehnen. So, wie die Bekanntmachung des Magistrats vorliegt, kann man sich des Eintruds nicht erwehren, als sollte von den (den sozialistischen Parteien angehörenden) Stadtwahlleitern in der amtlichen Bekanntmachung nur auf die sozialdemokratischen Parteien erläuternd hingewiesen werden.

Wir haben diese Auslassung nur wiederzugeben, um zu zeigen, wie kleinlich die Wahlmanöver der bürgerlichen Parteien sein kann. Diese Partei schützt also die Wähler so niedrig ein, daß sie deren Entscheidung von erlauternden Beispielen der amtlichen Bekanntmachungen bestimmt glaubt. Es ist nichts als lächerliche Stabskriegerpolitik dieser kleinlichen Herrschaften gegen die verhassten Sozialisten.

Amerikanische Kinderpeinigungen in Deutschland

Das Central Relief Committee bereitet, gemeinsam mit Amerikanern deutscher Abkunft und den Quäkern, einen neuen Werbebrief vor, um für die Fortsetzung der Kinderpeinigungen in Deutschland drei Millionen Dollar unter den Deutsch-Amerikanern aufzubringen. Das ganze Land wird in Distrikte eingeteilt und jedem Distrikt eine bestimmte Quote nach der Dichtigkeit seiner Bevölkerung zugewiesen. Die Deutsch-Amerikaner aus dem State Connecticut haben als ersten ihren Anteil im Betrage von 60.000 Dollar bereits garantiert. Ein Bazar der Wohltätigkeits-Bazar-Vereinigung in Milwaukee erzielte eine Bruttoeinnahme von 180.000 und einen Reingewinn von 150.000 Dollar. Technische Unternehmungen sind in ganz Amerika geplant. Universitätsprofessoren und Geistliche bereiten als Vertreter des Central Relief Committee das Land, um die Bewegung zu organisieren. Der 6. Oktober, als der Jahrestag der Landung der ersten deutschen An siedler (der Pfläzer, die 1687 auf dem Schiff „Concord“ unter Konstantin Führung nach Germantown kamen), wird von allen Deutsch-Amerikanern als „Deutscher Kindertag“ gefeiert werden.

Amerikaner finden sich aus Menschlichkeitsgründen bereit, die durch eine ruhige Kriegspolitik unterernährten deutschen Kinder zu helfen. Deutsche Landesleute, Agrarier, bereiten aus Profitgründen eine neue Hungerplakade gegen die eigenen Volksgenossen vor.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg U C P D.

Alle Ordner (jeder Distrikt je 10), mit Binden versehen, sowie die in der „Freiheit“ angegebenen Referenten treffen sich heute, Mittwoch, um 8 Uhr in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8/9, zwecks weiteren Vereinbarungen.

Aufklärung der Frauenmorde

Das letzte Kapitalverbrechen, der Mord an der 55 Jahre alten Verkäuferin Emma Neumann aus der Schönenberg Straße 42, hat eine rasche Aufklärung gefunden. Der Verdacht der Lasterhaft oder Mitschuldhaft ist gleich bei Entdeckung des Verbrechens auf die Witvin der Ermordeten, der Ehefrau des Bauhofsers Hoffmann, gelenkt worden, bei der Fräulein Neumann seit 18 Jahren gewohnt hatte. Der Befund allein hätte schon Frau Hoffmann verdächtig erscheinen lassen. Die Lage der Leiche ließ darauf schließen, daß das Verbrechen nicht in dem kleinen Zimmer der Neumann, sondern in einem anderen Räume stattgefunden haben mußte. Bei einer gründlichen Abklärung des Wohnzimmers der Frau Hoffmann wurden dann auch keine Blutspritzer entdeckt. Dazu kam, daß Frau Hoffmann mit ihrer langjährigen Mieterin bisher ein sehr enges Freundschaftsverhältnis unterhalten hatte, daß sich zuletzt aber in Hoch umgewandelt hatte. Alle diese Feststellungen führten dazu, daß Kriminalkommissar Dr. Anuschat durch keine Beamten sofort alle Angaben der Frau Hoffmann eingehend nachprüfen ließ. Als sich nun dabei herausstellte, daß sie für die Zeit, in der sie nicht in der Wohnung gewesen sein wollte, keinen lückenlosen Alibibeweis antreten konnte, wurde sie, um eine Verdunkelung zu vermeiden, in Gewahrsam genommen. Frau Hoffmann bestritt zunächst entschieden, um die Tat zu wissen. Als sie nun aber gestern nachmittag wieder an die Stellen geführt werden sollte, wo sie sich an dem Vormittage angeblich aufgehalten hatte, wurde ihr noch einmal alle bei vorliegenden Verdachtsmomente vorgehalten, und jetzt brach die Verhaftete plötzlich zusammen und legte ein Geständnis ab. Frau Hoffmann gibt zu, ihren Tod ihrer früheren Freundin herbeigeführt zu haben. Nach ihrer Darstellung hatte sie wegen des Auszuges, den sie verhindern wollte, mit ihr Streit bekommen. Dieser habe zu Tätlichkeiten geführt, und als sie Fräulein Neumann einen heftigen Stoß versetzt habe, sei diese mit dem Kopf so heftig aufgeschlagen, daß sie tot liegen geblieben sei. Um einen Raubüberfall vorzutauschen, habe sie dann die Leiche in ihr Zimmer gebracht und ihr dort nachträglich den Anstoß in den Mund gesteckt. Ob diese ihre Darstellung zutrifft, erscheint sehr zweifelhaft.

Zur Aufklärung der Verbrechen des Luftmörders Großmann wurden auch heute wieder mehrere Mädchen vernommen, die bei Großmann sich einige Tage aufgehalten hatten. Eines dieser Mädchen befand sich in Untersuchungshaft und wurde aus dieser vorgeführt. Großmann selbst ist bisher nur wegen der Ermordung der Nische protokolllarisch vernommen worden. Da bei ihm auch Nebenbuhler des verstorbenen Dienstmädchens Sosnowski gefunden wurden, so wurde er gestern abend kurz befragt, ob dieses bei ihm gewesen sei. Das gab Großmann auch ohne weiteres zu, wollte aber nicht wissen, wo das Mädchen geblieben sei. Als ihm die Nebenbuhler vorgelegt wurden, die in seiner Behausung gefunden und von einer Reihe von Zeugen einwandfrei als die der Sosnowski gehörend erkannt worden sind, behauptete er, daß diese nicht der Sosnowski, sondern einem anderen Mädchen gehört hätten. Da Großmann damit offensichtlich die Unwahrscheinlichkeit und auch nicht zu erwarten war, daß er jetzt schon ein Geständnis ablegen würde, wurde von einem weiteren Verhör abgesehen.

Der Raubüberfall auf einen Chauffeur in Zehlendorf beschäftigt jetzt auch das Raubdezernat der Berliner Kriminalpolizei. Wie berichtet, wurde der 52 Jahre alte Kraftwagenführer Alfred Rothgermel aus der Lesehofstraße 14 von einem Fahrgast, den er von Friedenau nach Wannsee bringen sollte, in Zehlendorf hinter Rücksitz mit einer eisernen Turnbank niedergeschlagen, vom Kopf heruntergerissen und liegen gelassen, während der Räuber mit dem Wagen in der Richtung nach Berlin zu davon fuhr. Da der Überfall bald die Besinnung wieder erlangte und Anzeige machen konnte, wurden die Orispolizeibeamten, deren Verleib der Räuber mit seinem Bogen durchfahren mußte, benachrichtigt. Es gelang ihm in Steglitz auf die Spur zu kommen. Als sich der Räuber verfolgt sah, sprang er vor dem Hause Schloßstraße 10 aus dem Kraftwagen, lief über den Rasenstreifen und versuchte auf einen gerade in voller Fahrt befindlichen Wagen der Straßenbahnlinie F zu springen. Der Ausprung mißglückte aber, und der Räuber wurde ein Stück mitgeschleift. Der Fahrer hielt deshalb an, und nun besaß der Mann den Wagen und fuhr mit. Es kam zwischen ihm und den anderen Fahrgästen, die nicht mußten, mit wem sie es zu tun hatten, zu einer Auseinandersetzung. Diese brach der Räuber aber dadurch ab, daß er sich erlaubte, auf der Bahn nach Charlottenburg zu fahren. Als ihm dies verweigert wurde, sprang er an der nächsten Haltestelle ab, um die Bahn zu verlassen. Der überfallene Chauffeur wurde zunächst in das Krankenhaus gebracht. Dort erholte er sich bald wieder soweit, daß er nach seiner Wohnung entlassen werden konnte.

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Nuß

(Fortsetzung.) (Schlußwort vorbehalten.)

Draußen auf dem Gang fing Mira zu schluchzen an. „Es geht ihm doch gar nicht so schlecht!“ sagte befremdet Helene, aber Mira ließ sich nicht beruhigen, weinte nur immer mehr, und fuhr, immer noch weinend, ab.

Am nächsten Tage schickte Heinrich Tina nach Rakeberg; er wollte Gretchen sehen. Tina hatte es sich in den Kopf gesetzt, für das kleine Kind zu trauern und kam in ihrem Konfirmationskleid zur Rakebergern.

Auf dem Weg dahin wurde sie schon ein paarmal angehalten von Neugierigen, die sie ausfragen wollten. Aber wenn Tina nicht wollte, wollte sie eben nicht. Der alte Trug ihrer verwahrlosten Kinderzeit, die einzige Waffe, die sie damals hatte, kam wieder über sie. Sie brachte es fertig, den unnützen und frechen Fragern mit Verachtung den Rücken zu kehren. Von ihr sollte keiner etwas erfahren. Was im Haus vorging, darüber schwieg sie wie das Grab. Sie hatte nach dem Tode des Kindes gehört, wie Alwine dem Vater zuredete, die Mutter des toten Mädchens zu beherbergen, wenn man sie auch nicht kommen ließ.

„Schweig!“ herrschte sie der Herr an, „ich kann das jetzt nicht. Später! Später! Und daß eure Mutter nichts davon erfährt! Seht ihr denn nicht, wie es mit ihr steht? Erwartet ihr alle Aufregungen und laßt sie durch Ruhe wieder ins Geleise kommen.“

„Alter Sünder!“ brummte Alwine, als sie durch das Nebenzimmer schritt, ohne Tina zu bemerken. „Du bist natürlich nicht schuld, daß sie halb verrückt ist!“

Tina war nicht weiter erstaunt darüber. Wieviel mehr hatte sie in der letzten Zeit gehört! und sie sagte sich, daß der Wirtswart im Hause immer größer werde. Man zündete das Haus an, und dann schrie man: „Lösch! Lösch!“

Wenn sie den zudringlichen Fragern alles erzählen wollte, die ganze Geschichte mit Heinrich und Peter! Ja, gewiß, sie mußte viel, doch war sie mit ihrem Gewissen ganz und gar nicht im reinen, weil sie Peter verraten hatte. Jetzt, wo es gelassen, tat es ihr aufrichtig leid. Jetzt hatte er seinen Tritt weg, wie der arme Graue, und einen Tritt an dem er trepieren konnte. Das plagte und heunruhigte sie in ihrer Trübsinnigkeit, die sie heftig und fast ardenlich im Konfirmationskleid machte; sie dachte viel zu viel an ihre Schuld.

„No?“ sagte die Rakebergern, als Tina kam. „No?“ und nichts Höflicheres. Sie musterte sofort das schwarze Kleid.

„Aha!“ sagte sie vieldeutig, und meinte dann mit etwas schalem Wohlwollen: „Na ja, es war ja gut so. Und?“

Wenn die Rakebergern kurz war, war sie weniger als höflich, sie, die sonst alle Bewohner des Felsenbrunner Hofes in Liebenswürdigkeit einwickelte.

Die Aktien fielen! Die Alte strampelte nach ihren kurzen Fragen mit der Maschine weiter, daß man kaum sein eigenes Wort hören konnte.

„Der Herr Heinrich möchte gern diesen Nachmittag Fräulein Gretchen sehen,“ sagte Tina laut.

„So fin die reiche Leut!“ sagte die Alte entgegen, während die Maschine weiter dröhnte und rasselte.

Gretchen verzog nur den Mund. „Heute?“ Und ungeduldig zur Alten gewandt: „So hör doch die Kapplererei auf! — Kommt nicht heute Herr Koll?“

„Tajajaja“, nickte triumphierend der Chignon.

„Also sag dem Herrn Heinrich, ich würde vielleicht ein andermal kommen: heute hätte sich Besuch annonciert. Reinnetwege kannst auch sage, wer!“

Tina ging. Aber da schnellte der Chignon in die Höhe; die Maschine hörte mit einem mihmutigen Rattern auf, und Mama Rakeberger stürzte, wie aus der Wäsche geschossen, auf Tina los: „No, was is'n des? Was redst dann nix? Was fin dann des für Sache bei Euch? un wissen Ehr des mit'm Peter? Do! Do! Do!“ und sie klopfte hart mit dem Fingerhut, den sie auch beim Raschennähen aus alter Gewohnheit trug, auf eine Zeltung.

„Der Dampfer nun Rotterdam is unnerge mit Mann und Maus. Do war der Peter druff. Der Gräse Hannes sagt's! No, do werd die Fraa erscht recht närrisch! Un der Heinrich! Der Peter soll'n doch gestoch hawwe? Is des wahr? Un Euer Herr! Die Geschicht! mit dem Mädchen meen ich, mit dem Kind will ich sage! Scheene Sache! M'r soll's nit glaabe! So red doch!“

Tina ging kumm der Türe zu, während ihr die Alte, immer eifriger und schneller redend, folgte.

„Ach laß se, die will nit reden!“ tief Gretchen, und in einem plötzlichen Entschluß schrie sie Tina nach: „Es ist gut, ich komm doch heut nachmittag.“

„Was?“ keifte ihre Mutter. „Gud eener des Mädche an! Loß du dein Finger von de Felsenbrunner. Die ruffen ab, do is nix zu hoh. Du gescht m'r heut nachmittag nit hin!“

Gretchen drehte sich auf dem Abzug herum, griff in ihre Tasche und ließ die Bonbons. Sie machte ein Gesicht, als wollte sie sagen: „Red' du nur zu, du kannst mir gestohlen werden, ich tu doch was ich will.“

Hinten in der Ecke am Ofen saß Käthen. Sie rührte sich nicht; sehr aufmerksam, sehr bei der Sache; mit großen erstaunten Augen sah die Halbwächterin da. Sie verstand nicht gerade alles, aber sie widerholte bedächtig die Reden ihrer Mutter bei sich. Gefragt hätte sie um die Welt nicht, um nicht eine unwirliche Antwort von der Alten, oder eine spöttische oder gar grobe von Gretchen zu erhalten. Sie hatte im Hintergrund zu sitzen und sich so wenig als möglich bemerzlich zu machen.

Sie war das „Kind“. Das Kind toupierte sich heimlich die Haare, wie Gretchen das tat, und suchte heimlich von den feinen Bonbons, die auf Gretchens Nachtlischen standen. Im Grunde verachtete das „Kind“ die Schwester, die nichts tat und sich wie eine Prinzessin pükte, während es spülen und scheuern und arbeiten mußte, tagaus. „Es gibt nämlich zwei Weg, wann m'r Töchter hot,“ war Mama Rakebergers Lebensweisheit: „So oder so.“ Gretchens Weg sahien ihr nicht der für Käthen geeignete zu sein. Das wurde auf Arbeitsamkeit und Solidität erzogen. „M'r probiert's uff jedi Weis, e arme Witwe hot en schwere Stand, wann sie nit angefocht werde will.“

Am Nachmittag, als eben Helene in ihrem langen grauen Mantel die Treppe herunterging, um in den Wagen zu steigen, der sie zu Thomanns bringen sollte (etwas blaß und aufgeregt war sie), tänzelte gerade Gretchen herein. Das mit Bändern und Federn und einem weißen Pelz aufgeputzte Mädchen grüßte Helene schnippisch und von oben herab, und verfolgte seinen Weg ohne weitere Erklärung; ganz selbstverständlich ging sie die Treppe hinauf und bog nach Heinrichs Zimmer ab.

„Du, Gretchen! Hör! Was willst du denn da oben?“ fragte Helene erstaunt.

„Heinrich hat doch die Tina geschickt, das Fräulein Gretchen soll heut kommen“, gab Gretchen, indigniert durch das „Du“, zurück. „Da will ich ihm halt den Gefallen tun,“ sie sah Helene herausfordernd an: „wenn auch der Herr Koll hat kommen wollen —“

„Gretche Rakebergern“, mumelte Helene und trat einen Schritt auf sie zu. Sie war empört und hätte die rothaarige Schöne, die sich so überlegen gebärdete, am liebsten geohrfeigt.

Eine bittere Empfindung klieb ihr von dieser Begegnung, und sie sah still in sich zusammengesauert, mit argwöhnischen Augen im Wagen und schrak zusammen, als er vor dem Hause Thomann hielt.

(Fortsetzung folgt.)

Auswähle des Reklamewesens. In letzter Zeit sind wiederholt Nachahmungen von Reklameblättern (sogenannte Blätter) zu Reklamezwecken verbreitet worden. Trotz der vorhandenen Abweichungen zeigen diese Blätter, besonders wenn sie zusammengefasst sind, eine gewisse Ähnlichkeit mit den echten Blättern, so dass es in einer ganzen Reihe von Fällen bereits Betrügern gelungen ist, sie zu Zahlungen zu verwenden. Es erscheint angebracht, das Publikum, insbesondere die gewerblichen Kreise darauf hinzuweisen, dass nach § 380 Ziffer 6 S.G.B. die Anfertigung und Verbreitung von Reklameblättern, die in Form oder Gestaltung dem Papiergeld ähnlich sind, strafbar ist. Das Reichsgericht hat in diesem Sinne Urteile gefällt, Verbreitung und gleichzeitige auch vor Annahme derartiger Blätter.

Städtische Sparkasse Neufahrn. Der Abschluss des ersten Geschäftsjahres 1921 hat bei der städtischen Sparkasse Neufahrn abermals eine nicht unbedeutende Aufhöhung des Gesamteinlagebestandes ergeben. Für diese Zeit übersteigt der Mehrgewinn an Spareinlagen mit 11 1/2 Millionen Mark sogar den im vollen Kalenderjahr 1920 erzielten Mehrgewinn um annähernd 2 Millionen Mark. An Einlagen fanden Ende Juni über 115 1/2 Millionen Mark zu Buche. Den erhöhten Einnahmen sind im letzten Halbjahr erhöhte Ausgaben gegenübergestellt. Auch die Zahl der Sparere ist in steter Aufwärtsbewegung begriffen und betrug Ende Juni 136 707.

Einwands von Brennholz gegen Kartoffelschalen. Das vor einiger Zeit eingeführte Spiel der Einmischung von Kartoffelschalen gegen Brennholz hat beim Publikum großen Anklang gefunden. Die Hausfrauen sind dadurch in die Lage versetzt, auch aus diesen Abfallstoffen Nutzen zu ziehen und gleichzeitig zur Milderung der Futtermittelknappheit beizutragen. Wir weisen daher nochmals darauf hin, dass die benutzten Schalen an geeigneten Straßen, Plätzen, Märkten usw. Kartoffelschalen gegen Abgabe von Brennholz in Empfang nehmen. Im Interesse der Ernährung der in der Stadt gehaltenen Vögel muss auch die kleinste Menge dieser wertvollen Futtermittel den Sammelstellen zugeführt werden, um die Weiterverwertung nach Kräften zu fördern.

Eine neue städtische Tuberkuloseklinik. Auf Grund der Erfahrungen über die Prävention und Sommerbehandlung der sogenannten chirurgischen Tuberkulose, die u. a. in der Heilanstalt Dohren in den letzten Jahren gemacht wurden, wurde in der Deputation für das städtische Gesundheitswesen angeregt, eine Anstalt nach dem Muster von Hohenlychen einzurichten. Unter Mitwirkung der chirurgischen Universitätsklinik, Geheimrat Professor Dr. Bier, wurde vom Berliner Medizinalamt der Südteil des Exerzierplatzes in der Eberswalder Straße, der eine zusammenhängende Gasnarbe aufweist, für diesen Zweck ausgewählt. Es sind drei Baracken vorhanden, die wirtschaftliche Einrichtungsgegenstände enthalten. Eine Baracke enthält Räume für die ärztliche Untersuchung, in ihr sind auch die Röntgenapparate aufgestellt. Angenommen werden Kinder bis zum Alter von 15 Jahren, unter der Voraussetzung, dass sie sich ohne fremde Hilfe bewegen können. Die Kinder verbleiben den ganzen Tag im Ambulatorium. Den wirtschaftlichen Betrieb führt das Hauptgesundheitsamt der Stadtgemeinde Berlin, das sich ein Kontrollrecht über die ganze Anlage vorbehalten hat.

Ausstellung für Blumenhandel. Am 4. und 5. September d. J. veranstaltet die Gruppe der Blumengeschäftsgewerbetreibenden des Verbandes der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Verwaltung Groß-Berlin, eine Ausstellung für Blumenhandel in den Geschäftsräumen des Lehrervereins am Alexanderplatz. Im vorigen Jahre fand bereits eine ähnliche Veranstaltung in kleinerem Rahmen statt. Der überaus zahlreiche Besuch aus allen Kreisen der Bevölkerung zeigt, welches rege Interesse im Publikum für Blumen und Blumenhandel vorhanden ist. Die Ausstellung erstreckt sich auf alle Arten von Blumenhandel, u. a. wird auch Zimmerhandel gezeigt werden. Die dazu gehörenden Möbel sind von der Hausrat-Gesellschaft zur Verfügung gestellt worden. Blumenhandel wird ebenfalls gezeigt werden. Außerdem gelangt ein größeres Sortiment Dahlen zur Ausstellung. Mit einem besonderen Arrangement werden die Mitglieder aus dem Botanischen Garten aufwarten. Den Lehrlingen ist eine besondere Abteilung gewidmet. Die von denselben ausgestellten Sachen sollen einen Ueberblick über den Stand ihrer fachlichen Ausbildung bieten. Die Leitung der Ausstellung liegt in den Händen bewährter Fachleute. Die Ausstellung soll erneut den Beweis dafür erbringen, dass die Angehörigen in der Lage sind, auch ohne akademische Vorbildung etwas Künstlerisches zu schaffen. Mit Rücksicht auf die soziale Bedeutung dieser Bestrebungen rechnet die Ausstellungsgesellschaft auf die Unterstützung aller Kreise der Bevölkerung. Der Eintrittspreis ist so niedrig gehalten (2 M. pro Person), dass es jedem ermöglicht ist, die Ausstellung zu besuchen. Geöffnet ist die Ausstellung am Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 9 Uhr abends und Montag von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr abends.

Warnung vor einem Schwindler. Ein Schwindler hat sich in Besitz einer Ausweislarve des Charlottenburger städtischen Elektrizitätswerkes zu legen gewagt und treibt nunmehr im Berliner Westen sein Unwesen. So erliegen er Mitte Juli in einem Hofe der Kurfürstendamm- und des Reichstagsstrasse sich auf Grund der Ausweislarve Eingang in die Räume, um die elektrischen Anlagen zu beschaffen, damit neue Installationszeichnungen angefertigt werden könnten, weil die alten verloren gegangen seien. Bei dieser Gelegenheit erbrach er einen Koffer. In der Kofferbeschriftung ist er in drei Pensionate mit dem gleichen Vorgehen eingeschrieben, ohne hier aber Gelegenheit gefunden zu haben, etwas mitzunehmen oder zu rauben. Von einigen Tagen lauchte er in der Hardenbergstraße auf und ließ sich von dem Postler die Hauspläne ausbilden, von denen er einen mitgehen ließ. Es ist in Wirklichkeit überhaupt nicht üblich, dass die Angehörigen der städtischen Werke Hauspläne einfordern. Auch der am 7. d. Mts. im Hause Savignypfad 4 verübte Ueberfall scheint auf sein Konto zu kommen. Der Schwindler scheint es in der Hauptstadt auf abenteuerliche Dampfer abgeben zu haben. Er ist mittelgroß, Anfang der Dreißiger, hat blondes Haar, trägt einen braunen, einreihigen Anzug, rote Krawatte und weißen Hut mit breitem Band.

Das Urteil im Prozeß Jeannin. In später Abendstunde wurde von dem Gerichtshof der zweiten Ferienkammer beim Landgericht III das Urteil gegen den angefallenen ehemaligen Pfleger Jeannin und seine Geliebte Margot Hahn gefällt. Nachdem die Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit den ganzen Tag gedauert hatte, beantragte der Staatsanwalt gegen Jeannin 3 Jahre, 6 Monate Gefängnis und gegen die Mitangeklagte ein Jahr Gefängnis. Nach den Vorschlägen der Verteidiger zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Das Urteil lautete gegen Jeannin auf 3 Jahre, 6 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, monon drei Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet werden, gegen Margot Hahn auf 6 Monate Gefängnis und Strafausschub bei einer Bewährungsfrist von drei Jahren.

Die Elternbetriebswahlen in Reich am letzten Sonntag hatten folgendes Ergebnis: 1. Gemeindefschule: 11 Sozialisten, 3 Bürgerliche; 2. Gemeindefschule: 17 Sozialisten, 8 Bürgerliche; 3. Gemeindefschule: 6 Sozialisten, 7 Bürgerliche. Die Kommunisten hatten größtenteils Wahlenthaltung geübt. Die Unabhängigen hatten mit den Rechtssozialisten eine Gemeinschaft geschlossen.

Die Städtischen Volkstheater des Vorkriegs-Orchesters im Monat September finden statt: 16. September Germania-Säle und 27. September Brauerei Königsplatz. Karten sind zu haben bei Hensch, Engelauer 15 (Gewerkschaftshaus), Freiheit, Breite Straße 8/9, „Bormaris“, Lindenstraße 2, Orchesterbureau, Bülowstraße 76, und an der Abendkasse.

Griechenwahl am 17. Verwaltungsbereich. 250 Gr. Weingriech (95 Wg.) auf Abschnitt 10 der gemeinsamen Lebensmittelkarte. Anmeldefrist 1. September.

Der Friedensbund der Kriegsteilnehmer Berlin-Brandenburg teilt mit, daß er an der heutigen Demonstration im Lustgarten teilnehmen wird.

Proletarischer Gesundheitsdienst Ortsgruppe Groß-Berlin. Die gesamte Ortsgruppe befindet sich in Alarm. Sämtliche Genossen

und Genossinnen sammeln sich rechtzeitig im Lustgarten, Schloßterrasse.

Strahenhändler aller Lebensmittelbranchen! Zeigt eure Solidarität mit der kämpfenden Arbeiterklasse. Reist jeglichen Handel um 2 Uhr mittags ein und beteiligt euch in Massen an der morgigen stattfindenden Demonstration im Lustgarten. Zentral-Verband der Strahenhändler für Obst, Gemüse, Lebensmittel, etc. Berlin.

Die letzte diesjährige Oberspreewaldfahrt des Arbeiter-Wandervereins „Berlin“ findet am Sonntag, den 11. September, statt. Die Fahrt führt zu den schönsten Punkten des Spreewaldes ohne jede Fußwanderung. Teilnehmerkarten zu 37 M. (Bahn- und Kahnfahrt) ab 1. September bei Ohngemach, Kommandantenstr. 88, und im Vereinshaus Wollschläger, Adalbertstr. 21, zu haben.

Die erste gewerkschaftliche Jugendkonferenz

(Fortsetzung.)

Genosse Meißner, Berlin, behandelte die

„Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Jugendlichen“.

Er betonte, daß es die Aufgabe der Gewerkschaften sei, die wirtschaftlichen Interessen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zu wahren. Man zähle in Deutschland insgesamt circa 3,8 Millionen erwerbstätige Jugendliche, die sich verteilen auf Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft. Nach dem statistischen Jahrbuch von 1907 zählte man im Deutschen Reich Lehrlinge: in Gärtnerei, Tierzucht, Kfzwerk 10 987, in Industrie, Bergbau, Bauwesen 689 688, in Handel und Verkehr 108 651, davon allein in der Metallindustrie 216 215. Der Referent stellte weiter die durchschnittliche schlechte Bezahlung der Lehrlinge in den handwerksmäßigen Betrieben im gesamten Reich fest. Gemessen an der Vergütung, die die Lehrlinge vor dem Kriege bekamen, beträgt heute die Entlohnung in vielen anderen Betrieben noch nicht 50 Prozent von dem Satz, der der Geldentwertung entspricht; in den handwerksmäßigen Betrieben beträgt sie nur ein Drittel der Vergütung von 1914. Es beständen ferner große Unterschiede in den verschiedenen Berufen in ein und derselben Stadt. So erhielten in München im ersten Jahre die Panzerherleherlinge 75 Mark pro Woche, dagegen Schneider- und Buchbinderlehrlinge nur fünf Mark in der Woche. In ungelerten Berufen beträgt der Unterschied in Berlin z. B. circa 80 Mark pro Woche. Lauf- und Bureauarbeiten in der Metallindustrie von 14—15 Jahren erhalten nur 42 Mark Wochenlohn, also knapp so viel, wie das Nahrungsminimum für diese Arbeiterschaft beträgt. Der Aufwand für Bekleidung, Wohnung usw. wird diesen entlohnten in niedrigereinstufigen Jugendlichen nicht ersetzt. Die „hohen Löhne“ der Jugendlichen existieren nur in der Phantasie der Unternehmer. Der Lohnabbauparagraf der Unternehmer muß die Forderung der Lohnhöhe für jugendliche Arbeiter und nicht für die Lehrlinge entgegenzusetzen werden. Auch die reichlichen Ueberleistungen der achtstündigen Arbeitszeit und die Nichtgewährung von Urlaub, sowie die hohe Zahl von Verletzungen in diesen Kleinbetrieben, des weiteren die ungenügende Ausbildung, erfordern dringend härtesten gesetzlichen Jugendenschutz und die Notwendigkeit der Abänderung der Gewerbeordnung, die den Innungsmeistern einseitig Recht verleiht zugunsten der Lehrlinge und Eltern. Das Mindestminderungsrecht der Gewerkschaften ist in diesen Fragen eine unbedingte Notwendigkeit. Meißner erörtert eingehend die Ausbildung von Lehrlingen im allgemeinen und insbesondere in den Staatslehrwerkstätten. Er empfiehlt die Ausbildungsregelung entsprechend den Forderungen des Programms des Reichsausschusses der Arbeiterjugendorganisation. Lehrlingsstellen zur Verbindung der Ueberleitung einzelner Berufe seien wohl notwendig, dürften aber nicht zu engbegrenzt ausgearbeitet werden. Das Koalitionsrecht der Jugend usw. erörterte der Redner in kurzen Ausführungen. Er empfiehlt zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Jugendlichen folgende Leitätze, die von der Konferenz auch angenommen wurden:

1. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, die wirtschaftlichen Interessen der Jugendlichen zu wahren und zu fördern. — In den Gewerkschaftsjahresberichten soll dies zum Ausdruck kommen.
2. Die Reform des Lehrlingswesens und die Jugendbeschäftigerfragen sind — immer wieder in Wort und Schrift zu propagieren. Alle gewerkschaftlichen Vertrauensleute, Betriebsräte, sowie auch die besonders zu diesem Zweck von den Verwaltungen beauftragten Jugendkommissionen haben neben den sonstigen auch diese Aufgaben zu erfüllen und für ihre Verwirklichung bei jeder passenden Gelegenheit einzutreten.
3. Die gesamte Arbeiterschaft — mit Einschluß der Jugend — hat gemeinsame Interessen; die Jugend kann sich nicht allein schützen, es ist daher Pflicht der erwachsenen Arbeiterschaft, bei allen Maßnahmen zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf tariflichem oder anderem Wege die berechtigten Forderungen der Jugendlichen mitzuberücksichtigen.
4. Bei den Lehrlingen ist besonderer Wert zu legen auf einen nachgehenden Ausbildungsprozess, auf die Anzahl der Lehrlinge im Verhältnis zu den Fachschülern und auf genügende Kostengelder. Notwendiger Erholungsurlaub, Schutz gegen unangeordnete Behandlung, Mithinbildung und Ausnutzung, Inanspruchnahme der gesetzlichen und tariflichen Arbeitszeit, Freigabe und Bezahlung der Zeit des gesetzlichen Schulbesuches ist für alle Jugendlichen beiderlei Geschlechts zu erkämpfen und zu sichern.
5. Jede Ortsverwaltung hat Jugendlichen, Eltern, Betriebsräten und Vertrauensleuten in Jugendangelegenheiten Auskunft zu erteilen oder sie an eine dazu eingerichtete Kassenstelle zu weisen.

Ueber Bildungsfragen

referierte dann Dr. Löwenberg, Berlin, der nachstehende Leitätze zur Annahme empfahl:

1. Die Bildungsarbeit für die jugendlichen Gewerkschaften ist ein Teil der proletarischen Kulturarbeit. Sie bezweckt vor allem und zuerst die Heranbildung selbständiger und zielbewusster Menschen. Darum zielt sie alle Gebiete der Kultur in ihren Bereich und betrachtet sie vom allgemeinen sozialistischen nicht parteipolitischen Gesichtspunkte aus. In einer Zeit der parteipolitischen Zerissenheit der Arbeiterklasse ist also die Bildungsarbeit für die Jugend in den Gewerkschaften ein wichtiger Stützpunkt der proletarischen Kulturarbeit.
2. Die besondere Aufgabe der gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit ist es, die wirtschaftliche Grundlage des Sozialismus zu betonen und gewerkschaftliche Kämpfer heranzubilden. Diese Bildungsarbeit soll möglichst planmäßig erfolgen, und durch eine geeignete Auswahl des Stoffes zuerst die Vorbereitungen und die Einführung in solidarische und gewerkschaftliches Denken und Fühlen berücksichtigen.
3. Da die berufliche Tätigkeit grundlegend für die Förderung der wirtschaftlichen Interessen des Proletariats ist, sollen die Gewerkschaften der Berufsbildung der Jugend große Beachtung schenken und ebenfalls auf die Ausgestaltung des beruflichen Unterrichts ihr Augenmerk richten.
4. Zur Durchführung der genannten Aufgaben sollen alle Bildungsmittel neben den bisherigen auch Bildungsgemeinschaften, Nichtberuf- und Nichtporträge, Wanderungen usw. dienen. Bei der Erwerbung der gewerkschaftlichen Solidarität spielt die gegenseitige Erziehung der Jugendlichen eine wesentliche Rolle.

Auch diese Richtlinien wurden von der Konferenz gutgeheißen.

Zur Frage „Zentrales und lokales Zusammenarbeiten der gewerkschaftlichen Jugendzentralen und das Verhältnis zur politischen Jugendbewegung“

sprach Sassenbach. Er machte nähere Mitteilungen über die Arbeit des vom A. D. G. B. eingesetzten Reichsausschusses der

Arbeiter-Jugendorganisationen und behandelte weitest die organisatorischen Maßnahmen. Er wünscht mit den politischen Jugendorganisationen ein möglichst gutes Verhältnis. Mit der kommunistischen Jugend sei jedoch ein Zusammenarbeiten nach dem letzten Schreiben der Zentrale der kommunistischen Jugend an den Reichsausschuss ausgeschlossen.

In der Aussprache war die Meinung über das Verhältnis zu politischen Jugendbewegungen geteilt. Einige Redner wünschten örtlich und zentral ein enges Zusammenarbeiten. Sie legten, worin vertret die Meinung, daß man einerseits die Kommunisten nicht ausschließen könne und andererseits ein enges Zusammenarbeiten mit den übrigen politischen Jugendorganisationen anstrebe. Es sei grundsätzlich auszusprechen, daß eine Eingliederung politischer Jugendorganisationen in die gewerkschaftlichen Jugendverbände nicht in Frage kommen könne. Er legte der Konferenz folgende, gegen wenige kommunistische Stimmen angenommene, Grundsatzentscheidung vor:

1. Die in der politischen Arbeiterbewegung bestehende Zersplitterung und die damit verbundene Schwächung der Kampfkraft der Arbeiterklasse hat sich auch auf die Jugendbewegung übertragen. Bei einer organisatorischen Eingliederung der politischen Jugendorganisationen in die gewerkschaftlichen Jugendverbände besteht die Gefahr, daß die politischen Auseinandersetzungen auch in ihrer Reihen hineingetragen werden. Im Interesse der gewerkschaftlichen Jugendbewegung liegt es aber, daß sie ihre Aufgabe erfüllen, wenn solche Bestrebungen ferngehalten werden.

2. Die Aufgabe der gewerkschaftlichen Jugendbewegung besteht in der Wahrnehmung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der Jugendlichen, die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen Jugendlichen liegt ihnen nicht ob. Soweit sich die Tätigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Jugendorganisationen bei der Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der Jugendlichen berührt, ist ein Zusammenarbeiten zu empfehlen. Nach Annahme dieser grundsätzlichen Erklärung wurden die Leitätze von Sassenbach ebenfalls angenommen. Dies lautet:

1. Zur Erledigung gemeinsamer Aufgaben, die über den Rahmen der einzelnen Gewerkschaften hinausgehen, sind durch die Delegierten des A. D. G. B. Jugendkommissionen (Jugendrat) zu bilden, die vorwiegend aus Jugendlichen bestehen müssen.
2. Der A. D. G. B. wird ersucht, die bereits an einzelnen Orten vorhandenen Sitzungen von Jugendkommissionen zu sammeln und Aufzeichnungen auszuarbeiten.
3. Die Jugendlichen sind zu den Arbeiten der Jugendkommissionen in ausreichender Weise durch von ihnen gewählte Vertreter heranzuziehen.
4. Zur wirksamen Förderung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit ist die Schaffung entsprechender organisatorischer Einrichtungen in den einzelnen Gewerkschaften ein dringendes Erfordernis. Der A. D. G. B. wird ersucht, ein besonderes Jugendsekretariat einzurichten, das die gewerkschaftliche Jugendbewegung im Reich zu bearbeiten und zu fördern hat, und für die Funktionen ein besonderes periodisch erscheinendes Mitteilungsblatt herauszugeben.
5. Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Jugendlichen ist ausschließlich Aufgabe der Gewerkschaften.
6. Soweit Aufgaben in Frage kommen, die die gewerkschaftlichen und politischen Jugendorganisationen gemeinsam interessieren, ist es Aufgabe des Reichsausschusses der Arbeiterjugendorganisationen, vermittelt und ausgereicht zu wirken. Ueber die Richtlinien der Referenten zu den Punkten 2 und 3 und die hierzu gestellten Anträge hatte inzwischen eine eingesetzte Kommission beraten. Der Berichterstatter stellte fest, daß es nicht Aufgabe der Konferenz sein könne, ein vollständiges Jugendprogramm der freien Gewerkschaften zu schaffen. Es wurden lediglich dazu Beratungen und praktische Fragen erledigt. Das weitere sei den Gewerkschaftsvorständen und einer späteren Konferenz zu überlassen.

Folgende Richtlinien und Anträge wurden dann angenommen:

Aufgaben und Wege der gewerkschaftlichen Jugendarbeit

1. Die wirtschaftliche Entfaltung beruht die Gewerkschaften über die seit Jahrzehnten erzielende Interessensvertretung hinaus sich in weitestem Maße der Angelegenheiten der Jugend des werktätigen Volkes anzunehmen.
2. Alle gewerkschaftliche Jugendarbeit erfolgt vor allem der Jugend wegen. In erster Linie obliegt den Gewerkschaften die Sorge für das wirtschaftliche Wohl ihrer jugendlichen Berufsaushängigen (Lehrlinge und ungelernete Jugendliche). Die Bekämpfung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch die Gewerkschaften sowie die Förderung der Berufsausbildung sind sowohl durch das Interesse der Jugendlichen selbst, wie auch durch der erwachsenen Arbeiterschaft erforderlich.
3. An gesetzlichem Gebiet geben alle Maßnahmen zum wirtschaftlichen Schutz, zur Wohlfahrt, Bildung und Pflege der Jugend den Gewerkschaften die Verpflichtung zur Mitarbeit und Förderung. Demzufolge gibt auch die politische Ausrichtung dieser Tätigkeit (Jugendämter, Vertrauensleute, Wahlrechtspflege, Jugendberufshilfe, staatliche Jugendberufshilfe, Fach- und Fortbildungsausschüsse usw.) den Gewerkschaften ein wichtiges Tätigkeitsgebiet.
4. Die Gewerkschaften erziehen in der nach sozialistischen Grundsätzen geregelten Wirtschaft gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation. Daher ist die Heranbildung der Jugend dieser Aufgaben entsprechend eine Notwendigkeit. Zur Verwirklichung dieser Arbeit sind besondere Jugendveranstaltungen zu treffen, und wo es möglich ist, die Jugend innerhalb der einzelnen Betriebe besonders zusammenzufassen. Die Herausgabe von Jugendzeitschriften resp. von Zeitschriften zu den Verbandsteilungen für die Jugend ist empfehlenswert.
5. In den Bereich der besonderen Jugendveranstaltungen gehören alle Tätigkeitsgebiete, deren Ziel die wirtschaftliche, körperliche und kulturelle Förderung der gesamten Jugend der werktätigen Bevölkerung ist. Stellungnahme zu allgemeinen Organisationsangelegenheiten verbleibt den dafür vorgesehenen allgemeinen Versammlungen der Gewerkschaften. Neben der geistigen Weiterbildung ist der Pflege der Solidarität und der Weckung des Gemeinheitsgefühles besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Spiele, Sport und Wandern können diesem Zweck nutzbar gemacht werden.
6. Die Organisationsform ist eine Frage der Zweckmäßigkeit; empfehlenswert ist die Einsetzung besonderer Jugendkommissionen, die dem berechtigten Verlangen der Jugend nach Mitbestimmung Rechnung zu tragen haben. Die Eigenart der Arbeit erfordert es, daß die Leitung in Händen erfahrener Gewerkschafter liegt, die Verständnis und Liebe für die Jugend besitzen.“

Zum Jugendklub

Die Konferenz zur Besprechung gewerkschaftlicher Jugendfragen wünscht, daß der Reichsausschuss der Arbeiterjugendorganisationen die Forderungen zum Schutz und Wohle der Jugend auch auf die in der Hauswirtschaft Beschäftigten erstreckt.

Weiter ist ein ausdrückliches Verbot der Ausbildung von Lehrlingen durch Heimarbeit zu verlangen.

Vom Reichsausschuss der Arbeiterjugendorganisationen wird erwartet, daß er schleunigst Vorschläge zur Fürsorge für die erwerbslose Jugend und zur Einführung der Schulentlassenen in das Wirtschaftsleben ausarbeitet und bekanntgibt.

Schluss wurde noch ein Antrag angenommen, der eine Verbesserung des gesetzlichen Kinder- und Jugendgesetzes erstrebt und dann zur Vorbereitung eines vollständigen Jugendprogrammes der Gewerkschaften eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die dem Reichsausschuss und dem Referenten beigegeben ist.

Damit schloß die Konferenz, die eine Fülle von Anregungen gegeben hat.

